Entschuldigt, dass es lange Zeit aus der Gemeinderatsfraktion keine Neuigkeiten gab. Wir waren tatsächlich sehr beschäftigt mit dem Haushalt 2025.

Am 20. 11. haben wir unsere Haushaltsrede gehalten.
Hier gibt es sie zum Nachlesen.
https://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de/in-den-parlamenten/gemeinderat/gemeinderat-ludwigsburg/

Und dann ging es am 3. und 4. Dezember endlich um die Haushaltsabstimmungen.

Ausführliche städtische Informationen zum Haushalt, inklusiver aller Anträge findet ihr hier: https://ris.ludwigsburg.de/bi/si0057.php?__ksinr=100749

Es ging heiß her. Wir haben uns für viele Punkte stark gemacht und konnten richtig viele Erfolge verbuchen. Hier findet ihr eine Übersicht über die aus unserer Sicht wichtigsten Themen.

LB Card:

Am 3. Dezember haben wir direkt zur Sitzungseröffnung einen Änderungsantrag zur Tagesordnung gestellt, der aber leider mit 26 Nein-Stimmen nicht angenommen wurde. Die Verwaltung hatte 23 Sparmaßnahmen als Paket vorgestellt, die am besten im Verbund abgestimmt werden sollten. Wir nehmen an, dass unser Antrag von vielen Fraktionen abgelehnt wurde aus der Befürchtung heraus, dass das Paket dadurch ganz aufgelöst wird und andere Fraktionen ebenfalls noch mehr Einzelmaßnahmen herauslösen.

Unser Antrag: Wir möchten aus der Beschlussvorlage 260/24, den Vorschlag zur **LBCard** herauslösen und getrennt abstimmen. Den ursprünglichen Vorschlag beantragen wir zu teilen. Die Reduzierung der Bezuschussung von Jugendmusikschule und Kunstschule in einem Teil und die Leistungen von SWLB und Blühba im anderen Teil.

Die Vorschläge zum Blüba und der SWLB können wir mittragen, 50% auf die Eintrittspreise für Schwimmbad, Eisbahn und ins Blühba halten wir für einen vertretbaren Kompromiss. Die Reduzierung der Zuschüsse der Jugendmusikschule und der Kunstschule auf 40% können wir nicht zustimmen. Die Kostenreduktion von 15.000 Euro für die Stadt steht in keinem Verhältnis dazu, dass einkommensschwache Kinder von künstlerischer und musikalischer Bildung ausgeschlossen werden. Wir beantragen, über diesen Vorschlag getrennt abzustimmen. Wir möchten die Beibehaltung der Zuschüsse vom 60 %.

Unsere Einordnung: Wir bedauern es wirklich sehr, dass wir hier erstmal keinen Erfolg verbuchen konnten, allerdings wollen wir das noch nicht ruhen lassen. Kürzungen bei der Bildung von den Ärmsten der Armen wollen wir nicht durchgehen lassen.

Antrag Die Linke:

Änderungsantrag zur Erhöhung der Gewerbesteuersatzes auf 405 v.Hd.

Die Verwaltung hatte eine Erhöhung von aktuell 385 Punkte auf 400 Punkte beantragt. Die 15 Mehrpunkte generieren der Stadt 4 Millionen Euro. Die Linke hat den Antrag gestellt, auf 405 Punkte zu erhöhen.

Unser Redebeitrag:

Um die finanzielle Stabilität unserer Stadt zu sichern und das Defizit zu reduzieren, schlagen wir eine Erhöhung des Gewerbesteuersatzes vor. Die Mehreinnahmen können für zukünftige soziale Investitionen genutzt werden, was langfristig auch den Wirtschaftsstandort Ludwigsburg stärkt und mehr Gewerbetreibende anzieht. Die Gewerbeertragssteuer kann in vielen Fällen gelten gemacht werden und stellt so weniger Mehrbelastung dar. Auch konnten viele Unternehmen bei Grundsteueranpassung von Entlastungen profitieren. Wir beantragen daher die Erhöhung der Gewerbeertragssteuer auf 405 Punkte.

Einschätzung:

Wir freuen uns sehr, dass Herr Knecht unseren Vorschlag begrüßt hat und wir an einer Mehrheit für unseren Vorschlag nur mit 5 Stimmen vorbeigerutscht sind. Dafür hat der städtische Antrag der Erhöhung auf 400 Punkte Zustimmung gefunden.

Mensa und Kita Essen.

Hintergrund: Aktuell wird jedes Essen, ob Mensa in der Schule oder im Kindergarten für 3,50 Euro angeboten. Die tatsächlichen Kosten für das Essen liegen jedoch zwischen 7 und 9 Euro (inklusive Personal, Energie, Geräte etc).

Unsere Haltung:

Die Linke fordert Gebührenfreiheit in der Bildung von der Krippe bis zur Universität. Wenn das nicht möglich ist, so wollen wir wenigstens eine Einkommensstaffelung. Wir werden in diesem Haushaltsjahr uns genau anhören, ob nicht im Zuge der Digitalisierug und der E-Akte Gebührenstaffelungen möglich sind. Aktuell können LB Cardinhaber und Transferleistungsbezieher kostenlos das Mittagessen bekommen. Alle Haushalte, die

unter der Armutsgefährungsschwelle leben, sind also nicht von den Erhöhungen betroffen. Wir können dem Vorschlag der Stadt schweren Herzens zustimmen.

Dem Verwaltungsvorschlag wurde mit Mehrheit zugestimmt.

ASPA: Antrag des Erhalts von ASPA (Aufsuchende Suchtprävention)

Die CDU Fraktion hat einen Antrag zum Erhalt von ASPA gestellt, den wir gerne unterstützt haben und der mit Mehrheit beschlossen wurde.

Projekt Connect:

Das Projekt "Connect" fördert nachhaltig Integration, sozialen Zusammenhalt und Jugendpartizipation durch niedrigschwellige Freizeit- und Kulturangebote. Die starke Resonanz und die positive Wirkung auf Teilnehmende und Ehrenamtliche belegen den Erfolg des Projekts, das mit vergleichsweise geringem Aufwand große gesellschaftliche Vorteile erzielt.

Das Projekt Connect sollte im August 2025 auslaufen. Der Antrag der FDP für eine 3 Jährige Verlängerung wurde knapp und mit vielen Enthaltungen zugestimmt. Unser interfraktioneller Antrag mit SPD und Bündnis90/Grüne für eine Verlängerung für 2 Jahre wurde somit übertroffen.

Es geht um die Parkplätze:

In der Diskussion geht es hin und her. Erhöhung für Sonntags-Touristen-Tickets, Bewohnerparken, Monatstickets, Verkehrsstromlenkung. Es scheint komplex. Wir wollen die Diskussion wieder zurück auf die Metaebene führen.

Unser Redebeitrag ist folgender: Ich möchte immer wieder betonen: Autofahren ist schon längst ein Privileg. Ein Privileg für Reiche. Menschen mit Behinderung oder Krankheiten, Alte, Kinder- und Jugendlichen bis 18 und Menschen, die sich schlichtweg kein Auto leisten können oder keinen Führerschein besitzen sind vom Autofahren ausgeschlossen. Wir möchten eine Mobilität für alle und langfristig Autos raus aus der Stadt bzw die Autos in die Parkgaragen. Die ständigen Diskussionen über Parkplätze und Parkgebühren sind keine Politik sondern Haarspalterei. Uns hätte der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag am besten gefallen und können nun dem neuen Vorschlag auch zustimmen.

Schlussendlich wurde der städtische Vorschlag abgestimmt, der uns nicht weitreichend genug erscheint, aber immer noch besser ist, als all die Vorschläge zur noch weiteren Subventionierung von Autofahrern.

Am 4. Dezember ging es weiter in den Haushaltsberatungen.

Klimabonus: Den Vorschlag der Verwaltung, den Klimabonus von 500 TEuro Förderung auf 400 TEuro zu bedauern wir. Er wurde jedoch abgestimmt und hat gegen die Anträge von der FDP zur Reduzierung auf 250 TEuro und der AfD zur kompletten Streichung gewonnen.

Interfraktioneller Antrag für einen nachholenden Inflationsausgleich der Kultureinrichtungen

Um die existenzielle Gefährdung unserer kulturellen Einrichtungen abzuwenden, beantragen wir einen einmaligen nachholenden Inflationsausgleich von 10 %. Dies sichert die Vielfalt und Qualität unseres kulturellen Lebens. Die Verwaltung schlägt vor, für nächstes Jahr ein Gesamtpaket zu erarbeiten. Der zu finanzierende Betrag beläuft sich auf 45-55 TEuro. Der Antrag wurde mit einem 19:19 Ergebnis abgelehnt.

Sonnenschutz Eichendorfschule

Lange haben wir um den Sonnenschutz der Eichendorfschule diskutiert. Im Sommer ist es viel zu heiß in den Klassenzimmern. Es ist technisch schwer möglich, an den vorhandenen Fenstern einen effektiven Sonnenschutz anzubringen. Der Gemeinderat hat sich mehrheitlich dazu entschlossen, die Variante inklusive des Austausches der vorhandenen Fenster zu wählen. Jedoch steigen hierdurch die Kosten von 15 TEuro (einfacher Sonnenschutz durch Aufkleben von Folien an die Fenster) auf, nach ersten unverbindlichen Schätzungen auf 800 TEuro.

Zuschüsse Schullandheim

Auch wir stimmen der Streichung der Zuschüsse für Schullandheime und den Schüleraustausch zu. Die bisherigen Zuschüsse belaufen sich auf ca 10 Euro pro Schüler pro Fahrt. Austausche mit den Partnerstädten erhalten weiter 17,50 Euro pro Besuch oder Aufnahme eines Austauschpartners. Bereits jetzt gibt es über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für finanzschwache Familien, das Angebot, schulische Aktivitäten, also auch Schullandheime zu finanzieren. Leider ist das Angebot sehr bürokratisch und sowohl für die Familien und die Lehrer aufwendig. Dem Verwaltungsantrag wurde zugestimmt. Die Linke hat einen Ergänzungsantrag gestellt,

dass die Stadt einen Leitfaden herausgibt, damit die BuT- Leistungen leichter abgegriffen werden können.

Sportinvestitionsförderung:

Bisher unterstützt die Stadt alle Sportvereine, die investieren (zum Beispiel ein neues Vereinsheim bauen) mit 50% der Investitionskosten. Die SPD hat schon vor mehreren Jahren angesprochen, dass hierdurch die reichen Vereine bevorteilt werden und weitere Kriterien zur Förderung der Investitionen hinzugezogen werden sollten (Jugendarbeit, Integrationsarbeit, Anzahl der nutzenden Mitglieder, etc). Auch ist die aktuelle Förderung nicht gedeckelt. Da der Antrag der SPD bisher noch nicht grundlegend bearbeitet ist, hat die SPD einen neuen Antrag gestellt. Hier ging es darum, bis zur grundlegenden Betrachtung die Investitionen auf 30% herabzusenken. Oder einen Sperrvermerk einzutragen. Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, der aber im Gemeinderat abgelehnt wurde.

Antrag zum Ausstieg aus dem Zweckverband LUCIE

Die Linke möchte, dass die Stadt weiterhin im Zweckverband LUCIE bleibt. Die Stadtbahnlinien zwischen Markgröningen, Schwieberdingen, Pattonville und durch die Innenstadt ist ein Gewinn für Ludwigsburg. Die Einzelhändler können sich freuen, die Stadt wird urbaner und zukunftsträchtiger. Durch den Ausstieg Ludwigsburgs aus dem Zweckverband ist die gesamte LUCIE gefährdet. Zusätzlich ist der Ausstieg so ohne weiteres nicht rechtlich möglich. Allgemein ist LUCIE ein großes und umstrittenes Projekt. Im nächsten Jahr werden endlich Zahlen zur Wirtschaftlichkeit erwartet. Aktuell fehlen uns daher noch die Grundlagen um LUCIE abschließend zu bewerten.

9 Elemente der Verwaltungsvorschläge wurden im Paket abgestimmt und zugestimmt Dazu zählen unter anderem:

Streichung des **Jugendbegleiterzuschusses**. Jugendbegleiter werden vom Land mit ca 37 TEuor finanziert. Die Stadt hat in den letzten Jahren ebensoviel zugeschossen, allerdings wurde der Zuschuss von den Schulen nicht nachgefragt.

Finanzielle Unterstützung für **Abschlussfeiern** wurde gestrichen. Dafür bietet die Stadt eine kostenfreie Nutzung von Mehrzweckhallen in Ludwigsburg an. Es wird für die Abschlussschüler damit günstiger.

Antrag der AfD zur Nichtumsetzung zweier geplanter Radwege.

Für die Linke sind Radwege ein essenzieller Bestandteil für die Stadt. Verkehrsteilnehmer, die weniger Lärm und weniger Schadstoffe ausstoßen, die weniger Platz brauchen und weniger Parkplätze nachfragen, müssen unterstützt werden. Radwege verkleinern die Verletzungsgefahr von Fahrradfahrern und sorgen für einen flüssigen Verkehr. Der Platz in der Stadt ist begrenzt. Radwege sind eine schlanke Möglichkeit viele Menschen in die Stadt zu bringen. Die AfD hat den Antrag gestellt, 2 Radwege nicht zu bauen, um damit andere Streichungen zu verhindern. Dieser Deckungsvorschlag ist aber nicht umzusetzen. Der Antrag der AfD wurde abgelehnt.

Am 17. Dezember wird der Haushalt bei der Gemeinderatssitzung abgestimmt.